

KOSOVO

Fläche: 10 887 qkm (halb so groß wie Rheinland-Pfalz)

Einwohner: ca. 2,1 Mio.

Bis zum 18. Februar 2007 wurde das Kosovo von den zivilen Behörden der NATO-Mission verwaltet, die seit 1999 vor Ort war.

Die Interimsverfassung erklärt das Recht auf Religionsfreiheit und die provisorische Regierung respektiert dieses Recht und trägt mit ihrer Politik zum interreligiösen Dialog bei.

Religiöse Gruppen müssen sich nicht registrieren lassen, die Registrierung ist nur nötig, um staatliche Zuwendungen zu erhalten. Dazu muss man sich beim Ministerium für öffentliche Angelegenheiten als NGO registrieren lassen.

Im April 2007 besuchte der Präsident des Kosovo, Fatmir Sejdiu, das orthodoxe Kloster in Decani zum orthodoxen Osterfest und sprach während seines Besuchs serbisch. Am 4. März 2007 berichtete der *Osservatore Romano*, dass der Europarat Verletzungen der Rechte von ethnischen und religiösen Minderheiten im Land verurteilt habe. Die Feindschaft zwischen der albanischen Mehrheit und der serbischen Minderheit ist noch spürbar. Auch die ethnische Gruppe der Roma wird noch bedroht, wie auch im *Jahresbericht 2007 von Amnesty International* (veröffentlicht im Mai) berichtet wird.

Im Juli 2007 verabschiedete die Regierung ein neues Gesetz über die Religionsfreiheit, das die Rede-, Gewissens- und Religionsfreiheit für alle im Land festlegt, woran auch immer sie glauben. Dieses Gesetz führt auch die Trennung von Staat und kirchlichen Institutionen mit gleichen Rechten und Pflichten für beide ein.

Am 21. Mai 2007 berichtete *ACN News* über die Worte von Bischof Dode Gjergij, dem vierundvierzigjährigen apostolischen Administrator von Prizren. Er stellt fest, es gebe nur eine Möglichkeit für das Kosovo und das sei die Unabhängigkeit oder es gäbe einen Krieg. Der Bischof kritisierte auch die serbischen Anstrengungen, sich der Unabhängigkeit entgegen zu stellen.

Am 18. November 2007 gab es Parlamentswahlen und Wahlen zu vielen Lokalverwaltungen. Die letzte jährliche Gesprächsrunde zum Frieden im Kosovo fand in Baden bei Wien statt, aber ging ohne Ergebnis zu Ende, wie alle Beteiligten (Kosovo, USA, Europäische Union, Serbien und Russland) übereinstimmend feststellten. Serbien verlangt nach weiteren Gesprächen in der Zukunft und betont, dass es auch künftig die Unabhängigkeit des Kosovo niemals akzeptieren werde.

Bischof Gjergij kommentierte diese Gespräche ebenfalls und sagte: „Das Volk von Kosovo hat sein Recht auf Freiheit erreicht. Und ebenso wie die katholische Kirche in der Vergangenheit die Rechte der Albaner verteidigt hat wird sie künftig die Rechte der Serben und aller anderen Minderheiten im neuen Staat Kosovo verteidigen (*L'Osservatore Romano*, 16.12.2007).